

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anfertigungspreise: Die kleine Gg.-Anzeigezeitung 15 A., die Kleinanzeigen 40 A. Bei unverändert. Wiederholungs-Aufnahmen entsprechender Rabatt, für umfangreichere Aufträge günstige Stellen-Abstände. Offertenzeichen ob. Ausl. durch die Gp. 25 A.

Ausgabe täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Bringerlohn 1,95. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, außerdem die Zeitungsboten, die Landbriefträger und sämtliche Postanstalten.

Nr. 294.

Freitag, den 15. Dezember 1916

76. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 527) unter dem 3. Dezember d. J. nachstehende Verordnung erlassen:

1. Dem § 4 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 (Reichsgesetzblatt S. 55), betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, werden als Abs. 2 und 3 folgende Bestimmungen eingefügt:

Für die Monate November 1916 bis einschließlich April 1917 werden die im Absatz 1 bezeichneten Mindestsätze auf monatlich 20 Mark für die Ehefrauen und auf monatlich 10 Mark für die sonstigen Berechtigten festgesetzt.

Die Beträge, welche die bisherigen Sätze übersteigen, werden für die Monate November und Dezember 1916 zusammen mit der zweiten Halbmonatsrate im Dezember 1916 ausgezahlt.

2. Folgende Bestimmung tritt als § 12 hinzu:
Die Familien der aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften (§ 1 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 8. Februar 1888/4. August 1914 und § 1 der Verordnung) erhalten noch eine Halbmonatsrate nach dem Tage der Entlassung als außerordentliche Unterstützung.

Diese Bestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 in Kraft.

Hierzu wird folgendes bemerkt:

1. In einer Reihe von Fällen, vor allem auf dem ländlichen Lande, werden die bisherigen Mindestsätze der Familienunterstützungen zwar noch als ausreichend erachtet werden können; dennoch muß mit Rücksicht auf die erhebliche Steigerung aller Lebensmittel eine Erhöhung der Sätze, und zwar allgemein vorgenommen werden, da es nicht durchführbar erschien, Unterschiede in der Festsetzung der Mindestsätze, z. B. etwa zwischen Stadt und ländlichem Land, zu machen.

Die bisherigen Sätze sind demgemäß um monatlich 5 Mark für die Ehefrauen und um monatlich 2,50 Mark für die sonstigen Berechtigten erhöht worden. Da die neuen Sätze vom 1. November 1916 ab Geltung haben, so muß die Nachzahlung der am 1. und 15. November 1916 sowie am 1. Dezember 1916 fälligen Beträge stattfinden. Diese Beträge sind zusammen mit der Mitte Dezember fälligen zweiten Halbmonatsrate im Dezember 1916 zur Auszahlung zu bringen. Es sind also Mitte Dezember 1916 zu zahlen:

A. den Ehefrauen 10 Mk. Halbmonatsrate nach dem Tage vom 20. November und je 2,50 Mk. Nachzahlung für den 1. und 15. November, sowie den 1. Dezember 1916 mit zusammen 7,50 Mk., mithin insgesamt 17,50 Mk., an die sonstigen Berechtigten 5 Mark Halbmonatsrate nach dem Sätze vom 1. November und je 1,25 Mk. Nachzahlung für den 1. und 15. November, sowie den 1. Dezember 1916, mit zusammen 8,75 Mk.

Die Verpflichtung zur Zahlung der erhöhten Sätze liegt, abgesehen von Lieferungsverbänden ob.

Die Erhöhung der Mindestsätze muß den Familien der Kriegsteilnehmer voll zugute kommen. Insbesondere darf nicht etwa dazu führen, daß die Lieferungsverbände sich nicht mehr sehen, die von ihnen bisher gewährten Zusatzunterstützungen allgemein zu ermäßigen. Im vaterländischen Interesse ist es unbedingt geboten, daß die an der Front kämpfenden Krieger ihre Familien aus dem Vaterland unterstützen können. Es wird erwartet, daß nach dem Durchbruch der weiteren Erhöhung der Mindestsätze für die Familien der Kriegsteilnehmer vom Reich in weitgehendster Weise gesorgt ist, die Lieferungsverbände auch ihrerseits in diesen Fällen, wenn auch nicht das erforderliche Maß leistende, so doch in jeder Hinsicht ausreichende Zusatzzahlungen bewilligen werden.

Bei der Entlassung der Mannschaften kamen nach den bisherigen Bestimmungen die Familienunterstützungen in Wegfall. Die zurückkehrenden Heerespflichtigen oder vielfach nicht sofort geeignete Arbeit erhalten sind sie auch gezwungen, bei ihrer Rückkehr an der Front außerordentliche Aufwendungen für die Bekleidung von Kleidern, Schuhwerk, Handwerkszeug oder dergleichen zu machen. Ferner wird auch der Lohn zum Teil in den Bergwerksbetrieben, erst nach längerer Zeit ausgezahlt, so daß die Familien auf Vorschuss der Vorgesetzten angewiesen sind. Infolgedessen geraten sie in Not oder wirtschaftliche Bedrängnis, um als sich ihre Ausgaben noch durch die für die Familien selbst erforderlichen Aufwendungen der

in etwaigen Notständen in den Familien der Kriegsteilnehmer vorzubeugen, sollen daher die Unterstützungen noch für die Dauer eines halben Monats nach der Entlassung des Heerespflichtigen weiter gewährt werden. Zwar derart, daß an dem Zahlungstage nach der Entlassung noch eine halbe Monatsrate zur Auszahlung entlassungstags ist der Tag, an dem der betreffende Kriegsteilnehmer aus dem Dienste bei seinem Truppenteil entlassen ist. Dieser Tag ist aus dem Pässe der in Frage kommenden Kriegsteilnehmer mit Sicherheit festzustellen. Die Familien nach Hause bleibt außer Betracht.

Diese Bestimmung tritt am 1. Dezember 1916 in Kraft. Daher die Familien aller an diesem Tage oder nachher entlassenen Mannschaften, dieser neuen Fürsorge teilhaftig zu werden.

Diese Regelung werden allerdings Ungleichheiten entstehen, indem die einzelnen Familien je nach dem Tage

der Entlassung die Familienunterstützung für eine längere oder kürzere Zeit weiter beziehen. Die Neuregelung erschließt aber angebracht, um Weiterungen in der Berechnung der Unterstützungsbeiträge zu vermeiden und um den Lieferungsverbänden die tageweise Berechnung der Unterstützungsbeiträge zu ersparen.

Hierzu wird z. B., da als Zahlungstage der 1. und 15. jedes Monats (vgl. § 192 B. G. B.) als grundlegend anzusehen sind, wenn auch die tatsächliche Auszahlung der Unterstützungen vielfach an anderen Tagen erfolgt, eine Familie, wenn der in Frage kommende Kriegsteilnehmer am 14. Dezember 1916 zur Entlassung gekommen ist, noch die Unterstützung bis zum 31. Dezember erhalten. Die Familie eines Kriegsteilnehmers dagegen, dessen Entlassungstag der 15. Dezember 1916 ist, würde auch noch auf die Auszahlung der halbmonatlichen Rate am 1. Januar 1917 Anspruch haben.

Ich erlaube ergehen, die Lieferungsverbände gefälligst hiernach umgehend mit Anweisung zu versehen, damit die vorgesehenen Nachzahlungen rechtzeitig geleistet werden.

Berlin, den 6. Dezember 1916.

Der Minister des Innern: J. L. gez. Dreows.

Wird den Gemeindebehörden des Kreises zur genaueren Beachtung und sofortigen entsprechenden Anweisung der Gemeindevorstände mitgeteilt.

Dillenburg, den 13. Dezember 1916.

Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros:

Der Landratsamts-Verwalter.

Bekanntmachung. Kreisverordnung über Speisefette.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Speisefette laut der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 20. Juli 1916 (R.-G.-Bl. S. 755), der dazu ergangenen preussischen Ausführungsanweisung vom 22. Juli 1916, Ziffer II und der Grundsätze der Reichsstelle für Speisefette zur Bekanntmachung vom 20. Juli 1916, sowie auf Grund der §§ 12, 15 und 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) bzw. vom 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 728) wird nach Anhörung der Preisprüfungsstelle für den Umfang des Dillkreises folgende Verordnung erlassen:

- § 1. Als Fett im Sinne dieser Anordnung gelten:
1. Butter, Butterschmalz und Schweineschmalz,
 2. Margarine und Kunstspeisefette,
 3. Speisefett (d. h. der aus Rohfett von Rindvieh und Schafen in Schmelzen nach der Anweisung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H., in Berlin, gemäß Bekanntmachung vom 16. März für den menschlichen Genuß hergestellte Talg) und
 4. Speisefette.

- Die Anordnung gilt nicht für:
1. das bei Hauschlachtungen gebonnene Fett,
 2. die aus Ziegenmilch gewonnene Butter,
 3. das im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates, der Reichsstelle für Speisefette, der Zentralkaufgesellschaft m. b. H. und des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H., in Berlin stehende Fett,
 4. Butter, Margarine und Schmalz, soweit sie aus dem Auslande eingeführt sind,
 5. aus Knochen, Rinderhäuten und Hornschläuchen hergestellte Öle und Fette.

§ 2. Für die Versorgung werden unterschieden: Fettselfstversorger und Fettversorgungsbeauftragte.

Fettselfstversorger sind Milchzeuger, die im eigenen Betriebe Milch zu Butter verarbeiten und selbsthergezeugte Butter in der eigenen Wirtschaft verbrauchen. Den Fettselfstversorgern sind in der Versorgung gleichgestellt die dauernd in ihrem Haushalte beschäftigten Haushaltungsangehörigen. Hiernach gehören zu den Fettselfstversorgern nicht Kriegsgefangene, Schnitter und auswärtige Saisonarbeiter.

Die Menge Speisefett, die auf den Kopf der Selbstversorger entfällt, darf 120 Gramm für Kopf und Woche nicht überschreiten.

§ 3. Sämtliche nicht als Fettselfstversorger anerkannten Einwohner des Kreises sind Versorgungsbeauftragte. Die Festsetzung der Wochenverbrauchsmenge an Speisefetten für die Versorgungsbeauftragten erfolgt durch jeweilige besondere Bekanntmachung des Landrats.

§ 4. Sämtliche Speisefette dürfen im Dillkreise von den Erzeugern, — entgeltlich oder unentgeltlich — nur an die für den betr. Ort zuständige Gemeindefamnestelle für Butter und Eier abgegeben werden. Jede Abgabe an andere Personen oder Stellen sowie die private Ausfuhr durch Mitnehmen oder Versand ist verboten. Privatbutterlieferungsverträge verlieren ihre Gültigkeit. In jeder Gemeinde ist eine Gemeindefamnestelle einzurichten, wobei sich jedoch kleinere Gemeinden mit Genehmigung des Landrats einer Nachbargemeinde anschließen können.

§ 5. Die Gemeindefamnestellen haben in ihrem Bezirk alles Fett, das nicht nach § 2 den Selbstherzeugern verbleibt, käuflich zu erwerben. Sie haben bestrebt zu sein, daß tatsächlich auch alles hiernach verfügbare Fett in den Besitz der Gemeindefamnestelle gelangt. Sie erhalten eine Ausweisurkunde.

§ 6. Die Gemeindefamnestellen — in den größeren Gemeinden, die etwa bestehenden Unterverkaufsstellen — haben das aufgekaufte Fett zunächst an die Versorgungsbeauftragten ihres Bezirks abzugeben, nachdem der Landrat bekannt gegeben hat, wieviel Fett jeder Versorgungsbeauftragte wöchentlich verbrauchen darf (§ 3).

Die Abgabe darf nur gegen Fettkarte oder besonderen Bezugsschein (§ 10 und 11) erfolgen. Die Fettkarte besteht aus einem Stammtafel und 13 Abschnitten, die nur im Zusammenhang gültig sind, und wird von den Gemeindebehörden an die Versorgungsbeauftragten (nicht auch die Fettselfstversorger) ausgegeben. Bei Verabfolgung von Speisefetten sind die Abschnitte vom Verkäufer abzutrennen und auf Bogen aufgelegt als Beleg für seine Buchführung aufzubewahren. Für die Verabfolgung von Speisefetten in Gastwirtschaften gelten diese Vorschriften nicht.

In Ausnahmefällen kann vereinzelt oder unter lauter Selbstversorgern wohnenden Versorgungsbeauftragten seitens des Landrats der unmittelbare Bezug von Speisefetten gegen Fettkarte bei einem Butterzeuger gestattet werden.

§ 7. Der Preis für die Speisefette unterliegt der freien Vereinbarung, doch darf den Buttererzeugern seitens der Gemeindefamnestellen höchstens 2,50 Mk. für das Pfund vergütet werden. Die Butter muß frisch, ungesalzen und von einwandfreier Beschaffenheit sein. Die Gemeindefamnestellen haben die Speisefette den Erzeugern sofort bar zu bezahlen. Sie dürfen beim unmittelbaren Weiterverkauf von Butter an den Verbraucher (§ 6) höchstens 2,70 Mk. für 1 Pfund fordern und haben in diesem Falle 10 Pfg. für 1 Pfund an den Kreis abzugeben.

§ 8. Die Gemeindefamnestellen haben an jedem Sonntag dem Landrate auf Postkarte anzuzeigen, wieviel Speisefette in der letzten Woche erworben wurden, wieviel sie hiervon an die Versorgungsbeauftragten ihres Bezirks, abgeben und wieviel hiervon demnach als Ueberschuß verbleiben sind.

§ 9. Der Ueberschuß an Fett ist von den Gemeindefamnestellen ferner am Dienstag und Freitag jeder Woche an die Kreisfamnestelle für Butter und Eier in Dillenburg (Firma Franz Henrich) in handelsüblicher und ordnungsmäßiger Verpackung frachtfrei abzusenden, es sei denn, daß der Landrat eine andere Ablieferungsstelle bestimmt.

Die Kreisfamnestelle oder die vom Landrat bestimmte andere Ablieferungsstelle hat für Butter von einwandfreier Beschaffenheit den Gemeindefamnestellen der Ueberschußgemeinden 2,60 Mk. für das Pfund zu vergüten.

Die Speisefette sind sodann von der Kreisfamnestelle oder der vom Landrate bestimmten sonstigen Ablieferungsstelle den Bedarfsgemeinden nach näherer Weisung des Landrats in handelsüblicher und ordnungsmäßiger Verpackung zuzusenden. Für 1 Pfund einwandfreier Butter ist hierbei 2,60 Mk. zu vergüten.

Bei dem Weiterverkauf an die versorgungsberechtigten Verbraucher beträgt in den Bedarfsgemeinden der Höchstpreis 2,70 Mk. für das Pfund.

§ 10. Krankenanstalten und Lazarette erhalten auf Antrag seitens des Landrats einen besonderen Bezugsschein für Speisefette. Ebenso können einzelne Kranke mit Genehmigung des Landrats Zusatzfettkarten erhalten.

§ 11. Gastwirtschaften (nicht Schankwirtschaften) erhalten ihre Fettmenge, abgesehen vom persönlichen Bedarf der Hausangehörigen, auf Grund besonderer vom Bürgermeister auszustellender Bezugsscheine, die auf ein Vielfaches der jeweiligen Bodenmenge (§ 3) zu lauten haben. Bei Berechnung dieser Fettmenge ist die Durchschnittszahl der auswärtigen Gäste zunächst in der Winterzeit zu Grunde zu legen.

§ 12. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 13. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Die Verordnung vom 7. November 1916 über Speisefette tritt gleichzeitig außer Kraft.

Dillenburg, den 11. Dezember 1916.

Der Kreisaußenbüros

Vorstehende Kreisverordnung über Fett, die der Kreisaußenbüros in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Nach § 3 dürfen einstellweise, soweit ein genügender Vorrat an Butter eingezogen, 30 Gramm verteilt werden, ich hoffe aber auf baldige Aufbesserung der Butterzuweisung.

Nach der nunmehr erfolgten anderweitigen Festsetzung der Preise, insbesondere für den Erzeuger, wird erwartet, daß mehr Butter als bisher der Allgemeinheit zugeführt wird. Nach Zeitungsnachrichten mußten in anderen Kreisen einzelnen Gemeinden, die unbegründet wenig Butter abliefern, wirtschaftliche Nachteile auf anderen Gebieten der Lebensmittelversorgung angebracht werden. Ich hoffe, daß derartige hier nicht erforderlich sein wird.

Dillenburg, den 12. Dezember 1916.

Der Landratsamtsverwalter.

Verlängerung der Arbeitszeit in Bäckereien.

Ich genehmige auf Grund des § 105 b der R. G. D., daß am 24. d. Mts. von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr, am 26. und 31. d. Mts. von morgens 7 Uhr bis mittags 12 Uhr in den Bäckereien des Bezirks Backwaren hergestellt und befristete in der angegebenen Zeit hierbei beschäftigt werden.

Wiesbaden, den 5. Dezember 1916.

Der Regierungspräsident.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Ich erlaube Sie, mir bestimmt bis zum 18. d. Mts. anzuzeigen, ob und welche Kriegsteuerungszulagen (laufende und einmalige) Ihre Gemeinden an die Volksschullehrer und Lehrerinnen zahlen.

Beilage ist nicht erforderlich. Der Termin ist bestimmt eingehalten.

Dillenburg, den 13. Dezember 1916.

Der Landratsamtsverwalter.

Nichtamtlicher Teil.

Preussischer Landtag.

Abgordnetentausch.

(Sitzung vom 14. Dezember.)

Das Haus erledigte den Antrag auf Steuerfreiheit der Kriegsteilnehmer durch Verweisung an den verstärkten Haushaltsausschuss. Das Gesetz über die Schatzungsämter wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Conradt (konf.) erklärte, daß seine Freunde den Wünschen der in schwieriger Lage befindlichen Hausbesitzer nach Möglichkeit entsprechen, aber für die Annahme des Gesetzes in der unveränderten Fassung der zweiten Lesung eintreten.

Abg. v. Dewitz (freil.) dankte der Regierung für ihr Entgegenkommen gegenüber den Hausbesitzern.

Abg. Pohlmann (Sp.) betonte, seine Freunde hätten gegen Hausbesitzer-Kammern gestimmt, weil man nicht auch Mieter-Kammern vorsehe.

Der Entwurf über die Stadtschaften wurde nach kurzer Aussprache angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung auf den 16. Januar mit der Tagesordnung „Etat“ anzuberaumen.

Er spricht die Hoffnung aus, daß wir bis dahin infolge des großmütigen Friedensangebotes des Kaisers an unsere Feinde dem Ziel eines siegreichen Friedens ein Stück näher gekommen sein werden.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 14. Dez. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern. In einzelnen Abschnitten der Sommerfront vorübergehend harter Feuerkampf.

Front des deutschen Kronprinzen. Bei Le Bour de Paris in den Argonnen nach heftigem Vorbereitungsfeuer vorstoßende französische Patrouillen wurden abgewiesen.

Auf dem rechten Maasufer war nachmittags die Artillerietätigkeit gesteigert.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef. In den Waldkarpathen vielfach Artilleriefeuer. Im Ghorghogebirge und im Trotsufaltale setzten die Russen ihre verlustreichen, aber ohne jeden Erfolg verlaufenden Angriffe fort.

Front des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Günstige Fortschritte auf der ganzen Front trotz sehr großer Wegeschwierigkeiten. Die Große Walachei südlich der Bahn Bukarest-Cernaboda ist vom Feinde gesäubert. Mazedonische Front.

Die östlich der Cerna von Serben geführten Angriffe sind unter schweren Verlusten vor den bulgarischen Stellungen zusammengebrochen.

Der erste Generalquartiermeister: Budendorff.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 14. Dez. (W.B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen. Der Feind ist auch im Bereiche der unteren Jalsomita im Rückzuge. Auf unserer Seite neuerlich Raumgewinn.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef. Die Russen greifen weiter an. Sie holten sich auch gestern überall, sowohl südlich des Uj-Tales als im Trots-Tal und westlich von Tschelch-Blutige Köpfe. Ueber Comanesti schickte ein österreichisch-ungarischer Flieger ein feindliches Kampflugzeug ab. Dieses überstürzte sich und stürzte in einem Wald nieder.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Beiderseits des Dnjepr's wuchs die russische Geschäftigkeit. Sonst nichts Neues.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz: Keine besonderen Ereignisse.

Der bulgarische amtliche Bericht.

Sofia, 13. Dez. (W.B.) Generalstabsbericht vom 13. Dezember: Mazedonische Front: In der ganzen Front nur schwaches Artilleriefeuer von beiden Seiten und stellenweise Patrouillengefächte. — Rumänische Front: In der Dobrudscha ständiges gegenseitiges Artilleriefeuer. In der östlichen Walachei überschritten die verbündeten Heere den Jalsomita-Fluß an gewissen Punkten.

Die amtlichen Berichte der Gegner.

Fransösischer Bericht vom 13. Dezember: Nachmittags: Auf der ganzen Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig. — Abends: Südlich der Somme beschloß die feindliche Artillerie, von der anderen Kostig erwidert, die Abschnitte von Blaches, La Maisonette und Barleux. In den Argonnen gestattete uns ein Handstreich gegen einen vorspringenden feindlichen Punkt nördlich des Four de Paris gegenseitige Minenarbeiten zu zerstören und Gefangene zurückzubringen. Sonst überall verhältnismäßig ruhige Nacht. Ein deutscher Hieselballon wurde durch Abwehrfeuer bei Boudancourt zerstört. — Orientarmee: Am 12. Dezember in der Gegend nördlich von Monastir heftiger Artilleriekampf und ziemlich lebhaftes Kämpfen im Verlaufe des 12. Dezember. Ein bulgarischer Gegenangriff gegen die Italiener wurde durch das Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unserer Verbündeten ausgehoben. Ein feindliches Flugzeug wurde zum Vanden gezwungen und von einer italienischen Abteilung erbeutet; die beiden an Bord des Apparates befindlichen Offiziere wurden gefangen genommen.

Englischer Bericht vom 13. Dezember: Feindliche Patrouillen versuchten in der letzten Nacht, in unsere Gräben südlich von Armentieres einzudringen. Sie wurden zurückgeworfen. Übliche Artillerietätigkeit im Laufe des Tages auf verschiedenen Frontstellen. Wir beschossen die deutschen Gräben in der Gegend von Festwert, Neu-Chapelle und Ypern.

Russischer Bericht vom 13. Dezember: Westfront: In der Gegend des Waldes von Dufalowe griff der Feind weiter unsere Stellungen an. Artillerie- und Bombenwerferfeuer. Offensivversuche des Feindes in der Gegend Prysalowa, nördlich von Pomorzans wurden in unserer Feuer ausgehalten. Feindliche Versuche, die Bystriza in der Gegend von

Jezipol zu überschreiten, wurden abgewiesen. In den Waldkarpathen wiesen wir feindliche Angriffe südlich Szibeny ab. Feindliche Patrouillen, die sich unseren Gräben am Capul näherten, wurden durch unser Feuer zerstört. Südwestlich von Balutina dauert der Kampf an. Der Feind setzte unserer Offensiv eine erbitterten Widerstand entgegen. Südlich des Trots-Tales bemächtigten sich unsere Truppen einer feindlichen Grabenlinie auf der Höhe 8 Westlich Argeful. Ein feindlicher Gegenangriff, um die Höhe wieder zu nehmen, wurde mit großen Verlusten für ihn abgeschlagen. Wir machten Gefangene. — Rumänische Front: Die vom Feinde bei Dikulu südlich davon angegriffenen Abteilungen der rumänischen Armee zogen sich gegen Osten zurück. Südlich der Straße Mizil-Buzen ergriffen die Rumänen die Offensive, wurden aber gezwungen, ihrerseits angegriffen, zurückzugehen. Gegenwärtig ist die rumänische Armee auf die Linie Buzen-Saranga-Uzicheni zurückgeschlagen. — Kaukasusfront: Die Lage ist unverändert.

Italienischer Bericht vom 13. Dezember: Im nördlichen Artilleriekämpfe. Unsere Batterien zerstörten feindliche Abteilungen auf den Nordhängen des Monte Seluggio und nördlich des Monte Simone. Längs der julschen Front örtliche Artilleriekämpfe und Tätigkeit unserer Erkundungsabteilungen. Auf dem Karst griff einer unserer Flieger einen feindlichen Beobachtungsballon an, der bei Ternobizza nördlich von Radestina brennend niederging.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Mülhausen, 13. Dez. Der Kaiser hat im unmittelbaren Anschluß an die so außerordentlich bedeutsame geistige Aundgebung seiner Friedensbereitschaft sowohl durch einen Armeebefehl wie durch die Erklärung des Reichskanzlers eine Besichtigungstour zu den Truppen an die Westfront unternommen, deren heldenhaftes Anscharren gegenüber den vereinten Kräften der beiden mächtigsten unserer Gegner den tapferen Truppen im Osten für ihre glänzenden Erfolge den Rücken deckt und damit Deutschland die stolze Siegerstellung ermöglicht hat, in der wir das Friedensangebot machen. Der Sinn dieser Frontreise ist ebensowohl die Aussprache des kaiserlichen Dankes dafür, wie jedenfalls der Wunsch, zu zeigen, daß unsere Friedensbereitschaft alles andere als eine Vernachlässigung unserer Kriegsbereitschaft bedeutet und unseres unbedingten Siegeswillens im Fall einer Ablehnung von Friedensverhandlungen durch unsere Feinde. Der Sonderzug traf heute früh 9 1/2 Uhr in Mülhausen ein. Der Kaiser hielt in Begleitung des Kronprinzen unermüdet eine Truppenschau außerhalb Mülhausens ab. Er hat dabei an die Truppen eine überaus zündende Ansprache von ebenso vollkommener Form wie weittragendem Inhalt gehalten. Augenblicklich begibt er sich mit seinem Gefolge zu einer zweiten Truppenschau, eine dritte soll am Nachmittag daran anschließen. (R. Bg.)

Der Krieg zur See.

Rotterdam, 14. Dez. (W.B.) Die französischen Segler „Caete“ und „Madelaine“, sowie drei englische Fischerfahrzeuge aus Brixham sind durch Unterseeboote versenkt worden.

Hindenburg an den Reichskanzler.

Berlin, 14. Dez. (W.B.) Zwischen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem Reichskanzler wurden heute folgende Depeschen gewechselt: „Eure Excellenz beglückwünsche ich zu Ihrer gestrigen Reichstagsrede. Mit tiefer Bewunderung und großer Genugtuung habe ich sie gelesen. Eure Excellenz haben auf Befehl Seiner Majestät mit dieser Rede die tiefe sittliche Kraftäußerung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet, die sich würdig anschließt und sich gründet auf die Stärke des deutschen Volkes daheim und im Felde. Wir Soldaten wissen, daß es für uns gerade in diesem Augenblicke keine höhere und heiligeren Pflicht gibt, als den Sieg mit äußerster Tapferkeit weiter zu verfolgen und für Kaiser und Vaterland zu leben und zu sterben. gez. v. Hindenburg.“ — Der Reichskanzler telegraphierte an Hindenburg zurück: „Euer Excellenz danke ich aufrichtig für den mich tief bewegendem Glückwunsch zu meiner gestrigen Rede. In den Worten des Mannes, dem unser kaiserlicher Herr das deutsche Schwert anvertraut hat, und der es mit stehender Kraft führt, vernehme ich die Stimme unseres deutschen Volksheroes. Seine Taten zu Lande und zu Wasser haben die Bahn freigemacht für den hochherzigen Entschluß, den Seine Majestät der Kaiser mit seinen hohen Berufungen gestern ausgesprochen hat. Die todesmüthige Pflichttreue und unerschütterliche Tapferkeit der Männer, die für Deutschland stehen, bürgen uns dafür, daß wir, wenn es unseren Feinden heute noch nicht gefällt, dem Krieg ein Ende zu machen, unserem Vaterlande erst recht einen starken und dauerhaften Frieden erkämpfen werden. gez.: v. Bethmann-Hollweg.“

Die Friedensfrage.

Haag, 13. Dez. (Z.L.) Nach einer Meldung aus Paris hat Ministerpräsident Briand in der Kammer folgende Erklärung zu dem deutschen Friedensangebot abgegeben. Ueber den Text, den ich nicht bestimme, kann ich mich nicht auslassen, es ist jedoch zu bezweifeln, ob diejenigen, deren Vermittlung verlangt wird, die Aufgaben auf sich nehmen, welche das Vertrauen voll erschüttern muß. Ich werde der Kammer später offiziell die genaue einstimmige Meinung der Verbündeten mitteilen. Es ist jedoch meine Pflicht, das Land jetzt schon vor einer offiziellen Vergiftung zu warnen. Briand ermahnt dann zur äußersten Vorsicht gegenüber dem deutschen Angebot und fährt in seiner Rede fort: Man macht uns den Vorschlag, über den Frieden zu verhandeln, während Belgien, Serbien und die französischen Gebiete besetzt sind. Mit undeutlichen vagen Ausdrücken, mit feierlichen Worten versucht man, bei unruhigem Gewissen und Herzen in den Ländern, die aber so viele Tote trauern, Eindruck zu machen. Briand bespricht dann einzelne Teile der Rede des Reichskanzlers und schließt mit den Worten: Ueber ein solches Dokument muß man noch nachdenken und untersuchen, was es bezweckt. Ich habe das Recht, von dieser Tribüne aus zu erklären, es ist ein Mandat, durch welches man versucht, die Verbündeten zu entzweiten, ihr Gewissen zu beunruhigen, und die Völker zu deprimieren.

Bern, 14. Dez. Ein Blick auf die heute vorliegende französische Presse zeigt, bis zu welchem Grade Deutschland nicht nur militärisch, sondern auch diplomatisch das Gesetz des Handelns an sich gerissen hat. Nervöse Unsicherheit, Unzufriedenheit, mangelndes Vertrauen in die Zukunft spiegeln sich in den Spalten aller Blätter. Seit der Unabhängigkeit Polens, und seit der Niederwerfung Rumäniens ist das politische Prestige des Reichskanzlers außerordentlich gewachsen. Die Boulevard-Blätter lassen sich aus zahlreichen neutralen Blättern ganze Spalten über den voraussetzlichen Sinn der im Wortlaut noch nicht bekannten Kanzlerrede drahten. In dem leb-

haften Hin- und Hergeraten ist man der Wahrheit ziemlich nahe gekommen, und schon geben sich einige Blätter Mühe, dem Kanzler zu antworten, bevor seine Worte zu ihnen gedrungen sind. Dies geschieht im „Matin“, im „Echo de Paris“ und „Revue Parisienne“ mit jener Ueberhebung, die diesen Blättern seit langem jede sichere Geltung auch beim ernstesten Franzosen genommen hat.

Amsterdam, 14. Dez. (W.B.) „Nieuws van den Dag“ warnt davor, sich durch die Lektüre der Blätterstimmen über das Friedensangebot in einen zu großen Pessimismus hineintreiben zu lassen. Die Sprache der französischen und englischen Presse habe jede Erwartung abertrotzen. Das sei die Sprache der Besessenen. Diese Helten der Feder begingen jeden Tag, den ihnen Gott schenkt, ein Verbrechen an der Menschheit. Das Blatt schließt: Wenn die Regierungen der Alliierten keine Form finden, um wenigstens Unterhandlungen zu versuchen, dann ruht die Verantwortung für die neuen Menschenopfer und das neue unabsehbare Elend auf ihnen.

Rotterdam, 14. Dez. (W.B.) Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in London telegraphiert folgendes aus englischen Blättern: Die „Times“ schreibt: Die Sprache, die Deutschland gebraucht, ist die eines Kriegführenden, der das Mißlingen des Militarismus einsteht und danach verlangt, sich mit seinem Gegner zu verständigen. — „Daily Chronicle“ schreibt: Deutschland weiß, daß es, wenn der Krieg bis zum Sommer fortbauert, von einer Katastrophe heimgesucht wird. Der Juni und Juli 1917 waren Monate halber Schlimmer sein. Gleichzeitig werde Deutschland wahrscheinlich militärische Niederlagen erleiden, die viel ärger sein werden, als 1916. Asquith habe erklärt, daß die militärische Oberherrlichkeit Preußens für alle Zeiten beseitigt werden müsse, und das gelte noch immer. Die westlichen Länder dürften die Gefahr nicht vergessen, daß eine überwältigte deutsche Macht anderswo aufgebaut werden könnte. Das Blatt schließt, es sei noch keine völlige Ueber einstimmung über die Haltung, die die Alliierten gegenüber dem Angebot der Mittelmächte einnehmen müßten, vorhanden. — Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, es werde von Lloyd George die eine oder andere große vermessene Tat als Antwort erwartet. Es bestehe absolut keine Neigung, Deutschland einer Arglist zu verächtlichen, noch auch sehe man in den Friedensvorschlägen ein Eingeständnis der Niederlage, man glaube aber, daß Deutschland einsehe, daß es die Grenze seiner militärischen Leistungen erreicht habe, und daß jetzt im günstigsten Falle ein Erschöpfungskrieg folgen werde. Im Beitarikel schreibt der „Manchester Guardian“, es handle sich nicht nur um einen Schachzug in diplomatischem Sinne, die Lage sei dazu viel zu ernst, es handle sich um ein aufrichtiges Friedensangebot, es müsse sofort ein Gedankenaustausch stattfinden; die absolute Belagerung eines solchen Gedankenaustausches würde die Alliierten in den Augen aller Neutralen ins Unrecht setzen. Die englische Regierung müsse sich auf die rationen stützen können, sie würde aber nur deren unbedingtesten Teil mit sich reißen, wenn sie einfach die Türe zuschläge. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die Bedingungen, über die die Alliierten sich einigen würden, von Deutschland angenommen würden, aber die Verantwortung hierfür müsse auf Deutschland geschoben werden. — Der parlamentarische Mitarbeiter der „Morning Post“ schreibt: Es herrscht allgemein das Gefühl der Erleichterung, daß das Friedensangebot nicht vor der Rekonstruktion der Regierung gemacht worden ist, denn es ist allgemein bekannt, daß in dem früheren Ministerium viele Mitglieder geneigt waren, einen unentschiedenen Frieden abzuschließen. Die eigentliche Ursache der Krise war das amerikanische Intervium Lloyd Georges am 29. Sept. Damals begannen die Jurisconsulten unter seinen Kollegen zu murren und offen über die Unbedonnenheit des Kriegeministers zu sprechen. Im Kabinett entstand eine Lage, die früher oder später zu einer Spaltung führen mußte.

London, 13. Dez. (W.B.) Neutermeldung: Die „Morning Post“ schildert Deutschlands Friedensangebot als einen schlaun, verzweifelten Versuch, der Strafe für den militärischen Bankrott auszuweichen. Die Vorschläge zielten nicht auf einen Frieden, sondern auf einen Waffenstillstand hin, weil es Deutschland mißlang, die Armeen und die Flotten der Alliierten zu vernichten. Das Blatt erklärt, daß der Waffenstillstand, der die dauernde Aufgabe der Feindseligkeiten mit sich bringe, die Alliierten Deutschland gegenüber in eine nachteilige Stellung versetze. Jetzt einen Waffenstillstand bewilligen, würde die Aufgabe der Hoffnungen bedeuten, daß Deutschland jemals zur Unterwerfung gezwungen werden könnte, würde der Verrat an der Redeweis der Zivilisation gegen die Rückkehr zur Barbarei sein. Wir übernehmen die volle Verantwortung, daß wir zukünftige Generationen vor der Wiederkehr der Schreden retten, die Deutschland mit Blasphemie auf den lägerischen Lippen selbst noch heimlich beabsichtigt.

London, 14. Dez. (Z.L.) Die ministeriellen Kreise werden sich, so meidet Reuter, wahrscheinlich nicht über den deutschen Friedensvorschlag auslassen, ehe sie mit den Verbündeten beraten haben. Inzwischen kann wohl entschieden werden, daß die vollkommene Einheitslichkeit in den Regierungen der Blätter nichts anderes ist, als eine Widerwärtigkeit der Einheitslichkeit, welche unter den Regierungen der Verbündeten, wie unter den Völkern selbst besteht. Gestern Angaben über die deutschen Vorschläge liegen noch nicht vor, jedoch, da die Mittelmächte sich als Sieger hinstellen, so ist ein eingemessenes Vermuten, wie sie sein werden. Die deutsche Note wird auf den rechten Wert untersucht, und wenn die Vorschläge wirklich so sind, wie man vermutet, dann ist eine Besiehung zum Scheitern verurteilt. Diese Tat der Deutschen ist ein Versuch, Vrietracht unter den Verbündeten zu säen. Ein Teil der zu stellenden Bedingungen wird dem einen gut, dem anderen tadelnswert erscheinen.

Rugano, 14. Dez. Der italienischen Kammer antwortete Sonnino auf eine Frage Basilinis: Die deutsche Note enthält keine präzisen Angaben der Bedingungen, unter denen die Friedensverhandlungen führen könnten. Er habe darum dem schweizerischen Gesandten, der ihm die Note gebracht habe, natürlich mit den verbündeten Mächten Rücksprache genommen über die Antwort auf die Note, die ja ebenfalls zwischen den feindlichen Regierungen vereinbart worden ist. Sonnino hat darauf, die Diskussion zu verschieben, dem die Verbündeten in vollständig gemeinschaftlichem Einverständnis handeln und zwar nicht allein nach der Sache und wegen der Sache, sondern auch hinsichtlich der Form (Beifall). — Der „Messaggero“ schreibt: Der Kanzler hat nicht zur Entente, sondern er redete in den Wind. Die Sache seiner Initiative war die Notwendigkeit, die Verbündeten mit der Mittelmächte, denen die Herrschaft über Welt verheißen worden war, aufzumuntern. Der Reuter schreibt das Blatt, könne nur von der Entente diktiert werden.

Rücktritt des Kabinetts Körber.

Am 14. Dez. (W.B.) Die Blätter erklären, daß der Rücktritt des Kabinetts Körber zum Teil auf die Verhandlung zurückzuführen ist, den ein Teil der deutschen Abgeordneten der Wiedereröffnung des Parlaments entgegenstellte, andererseits steht er vermutlich in Zusammenhang mit der Lösung der von dem Ministerium vorbereiteten Ausgleichsfrage mit Ungarn. Bestimmend gelangt in den Blättern das Bedauern über den Rücktritt Körbers zum Ausdruck, der, wie immer, lieber Person als seine Grundzüge zum Opfer brachte. Den Ministerpräsidenten von Spitzmüller, der als Hauptstütze im früheren Kabinett großen Anteil an den Verhandlungen Stürgk's mit Ungarn über die Frage des Ausgleichs hatte, bezeichnen die Blätter als geeigneten Mann, den Ausgleichsvertrag zu Ende zu führen.

Die verfehlte Politik des Vierverbands.

Von der italienischen Grenze, 13. Dez. Auch die „Tribuna“ wird nun an der Balkanpolitik der Entente scharfe Kritik geübt, und mit beifolgender Fronte bezieht sich das Meisterstück der venezianischen Sonderregie zu verdanken sei, ob Frankreich, England, oder beiden in einem Bündnis mit Russland. Nach der Niederwerfung des Kaiserthums hätte es der Entente noch freigestanden, ihr Schicksal im Orient zu bestimmen, indem sie Griechenland vor die Wahl stellte, entweder ihr ein Bündnis einzugehen oder der Gefahr eines Kampfes auszuweichen. Statt dessen hat man das Geschick der vier mächtigen Ententestaaten in die Hand eines griechischen Privatmannes, des ehemaligen Vizepräsidenten Venizelos, gelegt, der nur einen veränderlichen Anhang besitzt und nicht die geringsten Zukunftsaussichten bietet. Und in diesem Zeichen haben sie sich gegenseitig geschickt. Es wäre, meint Rastignac, wohl wünschenswert, daß die Entente ein Unternehmen unternähme, das diesem an die Seite gestellt werden könnte. Man sei auf den unglücklichen Gedanken verfallen, mit Venizelos einen Bund gegen den König zu schließen und das griechische Volk auf alle mögliche Weise zu bedrohen, ohne daß man etwas erreicht hätte, als daß die Armeen sich immer fester um den König geschlossen habe. Es habe gerade so ausgesehen, habe man Griechenland für Venizelos erobern und dann gleichsam als Geschenk von ihm aus zweiter Hand an die Entente übergeben wollen. Es sei für die Diplomatie der Entente überhaupt bezeichnend, daß sie sich um die Zukunft in keiner Weise kümmere, sondern sich dafür umdrehe, mit den vergangenen und künftigen Dingen besaßes. Man solle sich dabei die Zukunft immer so vor, daß man sie erhalten werde, was früher schon vorhanden gewesen sei, und noch ein gutes Stück dazu. Darüber habe man aber vollständig das Verständnis für die Bedürfnisse der Gegenwart. Italien habe aber ein Recht darauf, zu erklären, daß es nicht gesonnen sei, einer solchen Politik zustimmen zu lassen. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow habe es offen verkündigt, und die russische Presse befürchte es, daß Madenski nächstens in Sarrail's Marschieren werde, um Saloniki zu erobern und dadurch eine Lösung der Orientfrage nach dem deutschen Programm herbeizuführen. Wie wolle aber die Entente dieser Gefahr begegnen, und wie gebente sie einem Bündnis auf Saloniki von zwei Fronten her Widerstand zu leisten? Gewiß, man habe Griechenland die Bodade angeboten, aber dieses Verfahren habe man schon zweimal und eines Jahres angewandt und jedesmal wieder aufgeben. Es sei fraglich, ob dieses Mittel diesmal noch nützlich werde. Es sei nämlich nicht ausgeschlossen, daß die Entente Konstantin und seine Regierung rechtzeitig mit den nötigen Mitteln versehen hätten, um der Bodade von vornherein jede Wirkung zu nehmen. Wenn Griechenland nicht in der Lage sei, wie es den Anschein habe, nach der Niederwerfung Rumaniens zu handeln, so dürfe man auch annehmen, daß es die erforderlichen Vorkehrungen getroffen habe, um die Bodade erfolglos zu machen. In diesem Falle könne man wirklich fragen, welche andere Mittel der Entente gegen Griechenland noch zur Verfügung ständen. Vielleicht werde man sich dazu entschließen, den redegewandten Coghin nochmals mit dem Auftrag nach Athen zu schicken, dem dortigen Rathaus aus den Griechen eine solche Botschaft zu halten. Man müsse sich nachgerade auch auf die Möglichkeit machen. Es sei überhaupt garnicht auszuweichen, daß die Entente Deutschland die Mittel in die Hand gebe, Griechenland zu Hilfe zu eilen und sich auf den Balkan in der Tat und nicht nur mit Worten als Verbündeter kleiner unterdrückter Völker aufzuspielen.

Die Tätigkeit Greys.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bringt einen Rückblick über die Tätigkeit Lord Greys, in dem es heißt: Im Jahre 1914 war das Fundament zur Entente mit England gelegt worden. Die Konferenz von Algier, die in die ersten Monate seiner Amtstätigkeit fällt, hat Lord Grey Gelegenheit, sich mit dieser Politik zu identifizieren, die er unterstreichen. Dazu hatte ihm nun die Kündigung mit Russland als zu erstrebendes Ziel vorgeschwebt. Sie ist das Leitmotiv seiner Politik geworden. Lord Grey wurde zum Vertreter einer Gleichgewichtspolitik in insular-englischem Sinne, d. h., er vertrat das Gleichgewicht, das bisher bestanden hatte, indem er allen auftauchenden Fragen die Stimme Englands entgegenbrachte. Die Bagdadbahn gegen Deutschlands Interessen war im Verein mit Frankreich und Russland Deutschlands größtes Streben nach Entfaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Kräfte überall hindernd in den Weg trat. Eine Zeit, wo es dem englischen Volksgesicht klar wurde, daß die Gefahren der Greys'schen Politik für die englischen Interessen und den Weltfrieden bedeuteten, ja, daß sie auch die Weltkriege direkt zutrieben, insbesondere nach der Abreise des Jahres 1911 dämmerte diese Erkenntnis im englischen Volke. „Wir haben 1911“ so heißt es in dem von zwei englischen Politikern im Jahre 1912 an das Reich gerichteten offenen Briefe über die auswärtige Politik von 1904, „den Franzosen gestattet, die Äste von der Bagdadbahn zu verletzen, und nicht protestiert. Sowie aber die Bagdadbahn Schritte tat, um zu schlingen, was es als legitime Interesse betrachtete, nahm das Foreign Office aus dem Interesse beträchtliche, nahm das Foreign Office aus dem Interesse beträchtliche, nahm das Foreign Office aus dem Interesse beträchtliche.“ Auch die liberale Wochenzeitung „Truth“ erhob damals ihre Warnstimme: „Das größte Verbrechen der deutschen Vormachtsstellung auf dem Kontinent ist nur in der Einbildung, die einzige Gefahr für die europäischen Gleichgewichte sei durch England zu verletzen, als es unter Preisgabe der Balkanbahn ohne jeden Grund in das System der Entente eingetreten und somit das Gewicht seiner überlegenen See- und Handelsmacht auf die Bagdadbahn geworfen habe.“ Die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und das Kolonialabkommen, die als Zeichen der politischen Entspannung nach dem Krisen-

jahr 1911 aufgenommen wurden und im Frühjahr 1914 kurz vor Ausbruch des Krieges materiell zum Abschluß kamen, vermochten an der grundlegenden Richtung der englischen Politik nichts zu ändern. Dies zeigte sich bei dem Plan eines Marineabkommens mit Russland, durch das England endgültig in den Bann der Kriegspolitik des Zweibundes gezogen werden sollte. Die Ausfichten waren nicht unglücklich, denn es steht fest, daß Grey im Frühjahr 1914 über das Marineabkommen hinaus zu den gleichen Abmachungen mit Russland bereit war, die er mit Frankreich getroffen hatte. Es hätte der Anstoß des Marineabkommens genügt, um ihn noch weiter auf der schiefen Bahn der Abhängigkeit von den Zweibundsmächten hinabgleiten zu lassen. Grey glaubte zu schiefen, aber er wurde geschoben. Der Ausbruch des Weltkrieges verhinderte das Zustandekommen der geplanten Vereinbarungen. Aber auch ohnedies war Grey gezwungen, in den ersten Tagen des August 1914 die letzten Konsequenzen zu ziehen, die er durch beinahe ein Jahrzehnt verfolgt hatte. Er hatte die Ehre Englands an Frankreich und Russland verpfändet. Mit seinem Blute muß das englische Volk sie einlösen.

Die Entente schüttelt Venizelos ab.

Bern, 13. Dez. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: In einer an die Presse übermittelten Note erklären die Gesandten der Entente, den an General Korakas gerichteten Brief von Venizelos nicht zu kennen und nichts getan zu haben, um Venizelos in Athen mit Gewalt zur Herrschaft zu bringen. Die Ereignisse haben bewiesen, daß Venizelos mit Gewalt versuchte, die Athener Regierung zu übernehmen, indem er erklärte, von Frankreich und England voll unterstützt zu sein. Venizelos ging nicht nur ohne Wissen der italienischen Regierung vor, sondern auch gegen deren Wunsch, wobei er seinen Freunden gegenüber angab, daß man unter der Entente nur Frankreich und England verstehen dürfe. Mit der heutigen Note der Ententeminister wird zu verstehen gegeben, daß man diese Politik, die, wie die Ereignisse bewiesen haben, verfehlt und gefährlich ist, nicht fortsetzen darf. Es ist gut, daß mit den falschen Hoffnungen auf Venizelos endlich gebrochen wird.

Japanische Sonderfriedenswünsche?

Unter Vorbehalt meldet des Basler Anzeiger: Aus privater bisher stets als wohlunterrichteter erwiesener Quelle wird mitgeteilt, daß Japan im Begriff stehe, sich von der Entente loszulösen. Der Grund soll darin liegen, daß die Entente sich geweigert habe, bestimmte Forderungen Japans zu erfüllen, während umgekehrt Unterhandlungen mit Deutschland rasch zum Ziele führen würden. Der rasche Ministerwechsel in Japan, der Umstand, daß die japanische Munitionslieferung nach Russland ausgesetzt habe, und gewisse andere außerhalb des Krieges liegende Tatsachen lassen die Meldung nicht unwahrscheinlich erscheinen.

Kälberschlachtungen zur Einsparung von Milch.

Auf Veranlassung des Kriegsernährungsamts sind vom preussischen Zentralviehhandelsverband die Preise für Schlachtkälber in den oberen Klassen mit der Woche vom 4. 12. ab herabgesetzt worden, um den Anreiz zu entziehen, Kälber, die zur Schlachtung bestimmt sind, länger als unbedingt notwendig mit Milch zu ernähren. Der Preussische Zentralviehhandelsverband hat die Preise für Schlachtkälber für 50 Kilogramm Lebendgewicht wie folgt festgesetzt:

Gewichtsklasse der Kälber:	bisher	jetzt
bis 100 Pfund	60,—	60,—
100—150 „	80,—	80,—
150—200 „	100,—	90,—
über 200 „	120,—	90,—

Die außer-preussischen Fleischversorgungsstellen und die dem preussischen Zentralviehhandelsverband nicht angeschlossenen Viehhandelsverbände sind ersucht worden, sich diesen Maßnahmen anzuschließen.

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 14. Dez. (W.B.) Der Nationalstiftung wurden für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen von der Firma Adler & Dypenheimer, Lederfabrik in Straßburg i. E., 500 000 Mark gespendet. Ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Gesinnung. Die Geschäftsstelle der Nationalstiftung befindet sich in Berlin, Wiesenstraße 11.

Rotterdam, 14. Dez. (W.B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Northcliffe-Presse steht in Mac Kennas Vorschlag, wegen des Unwohlseins Asquiths das Unterhaus bis Donnerstag zu vertagen, ein weiteres Zeichen einer unter den liberalen Führern bestehenden Verschärfung gegen Lloyd George und seine Anhänger. Die Absicht der Liberalen, die Plätze hinter der vordersten Oppositionsbank zu besetzen, wodurch das Entstehen einer neuen parlamentarischen Opposition offenkundig geworden wäre, wurde gestern durch die Unionisten vereitelt.

Bern, 13. Dez. (W.B.) In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer stellte der Abgeordnete Bedeauce fest, daß infolge der Verkehrsnöte im Hafen von La Pallice sechs Millionen Säcke Hafer durch Reimung zugrunde gegangen seien. Das bedeute einen Verlust von 30 Millionen Frank. Nach Ansicht des Abgeordneten wurde durch die Maßnahmen im Wirtschaftsverkehr in Frankreich bisher ein Schaden von 5 Milliarden Frank verursacht.

Tagesnachrichten.

Köln, 14. Dez. Eine kleine Ueberraschung für das kommende Weihnachtsfest hat die Stadt Köln ihren Einwohnern bereitet. Sie spielt die Rolle des Christkinds und schüttet ihre, wenn auch bescheidenen Gaben über die glücklichen Kölner aus. Eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters kündigt den Verkauf folgender Dinge an: Tafeläpfel, Pralinen, Puddingpulver, Schokoladenpulver und Apfelsinen. Diese Sachen sind in solchen Mengen vorhanden, daß jedermann die ihm zustehende Menge erhalten kann. Die Stadtverwaltung hat aber für die Bürgerschaft noch eine andere Ueberraschung in petto. Sie wird ihr einen Weihnachtsbraten ohne Fleischmarke verschaffen. Zu diesem Zweck sind ziemlich umfangreiche Wildbestände angeammelt worden, die im Wege der Verlosung verteilt werden sollen. Eine Verlosung nach der Kopfzahl der Familien war nicht möglich, weil hierzu die Vorräte doch nicht reichten. Der Stadt stehen für die Weihnachtsverlosung zur Verfügung: 1200 Hasen (Preis 6,50 Mk. pro Stück mit Fell), 900 Gänse, 2000 Mastkaminchen und 5500 Schneehühner. — Glückliches Köln!

Lokales und Provinzielles.

— Vorweihnachtszeit. Die geheimnisvolle, von tausend Heimlichkeiten umwobene Vorweihnachtszeit ist wieder da. Wohl wird noch mehr als an den vorangegangenen zwei Kriegswinteren auch in diesem Jahre die Festimmung erheblich hinter derjenigen aus Friedenszeiten

zurückbleiben, völlig ausschalten läßt sie sich jedoch keinesfalls. Mag der Familienvater oder die an seiner Stelle dem Haushalt vorstehende Hausfrau noch so sehr von Geldsorgen und anderen Nöten geplagt sein, ein ganz kleines bißchen wird doch jeder versuchen, das Weihnachtsfest zu seinem Recht kommen zu lassen. Es läßt sich eben auch ein billigeres Weihnachten ohne Beeinträchtigung der Festfreude herrichten, denn gerade bei dieser Gelegenheit, wo das Ansehen des guten Willens die Hauptsache ist, spielt die Preisfrage eine untergeordnete Rolle. Und wenn in Friedenszeiten die Hausfrau und ihre Töchter unter massenhaftem Aufwand von Wolle für Strümpfe, Stidgarn für Schlummerkissen und ähnliche Annehmlichkeiten sorgten, so tut's in diesem Jahre irgend etwas anderes, zu dem das Material billiger und leichter zu beschaffen ist. Ja, wir glauben behaupten zu dürfen, daß mancher Hausherr mit tüchtiger Familie oder dito Verwandtschaft in diesem Jahre sogar etwas erleichtert ausatmen wird. Denn es war zur Friedenszeit oft nicht leicht, für alle Dedes, Zeitungsmappen, Kissen, Pantoffeln, Schreibunterlagen usw. einen Platz zu finden, wo sie nicht im Wege lagen oder als Staubfänger dienten.

— Werden Räucherfische billiger? Aus Kiel schreibt man der Köln. Volksztg.: Die Einrichtung eines Reichskommissariats für Fischzucht, die Schleswig-Holsteinische Fischhandelsgesellschaft und das Verbot der Fischauktionen haben hier mit einem Schlage eine Wandlung in der Preisbildung für Räucherfische zuwege gebracht. Das Hauptverdienst an dem Preissturz für Räucherwaren wird bis jetzt der Schleswig-Holsteinischen Fischhandelsgesellschaft zugeschrieben, an welche alle gefangenen Fische abzuliefern sind. Man traut seinen Augen nicht, wenn man jetzt acht oder neun Bücklinge zusammen mit einem Kleinhandelspreis von 40 Pfg. ausgerechnet sieht. (In Dillenburg haben geräucherte Heringe einen Preis bis zu 60 Pfg. das Stück erreicht.) In Kiel sind zur Zeit Bücklinge zu kaufen, deren Preis für ein Pfund dem amtlich festgesetzten Pfundpreis von 1,50 Mk. entspricht, infolgedessen kostet der einzelne Räucherfisch etwa 5 Pfg. Wie das in Kiel so schnell möglich geworden ist, scheint allerdings noch ein Geheimnis zu sein. Die Tätigkeit der Fischhandelsgesellschaft erscheint zu kurz, als daß ihr der alleinige Einfluß auf den Preisrückgang zuzuschreiben wäre, wenn es sich auch um Räucherwaren aus den allerjüngsten Heringsschwärmen handeln sollte. Ein Umstand allerdings bringt eine erhebliche Verbilligung der Räucherwaren unter allen Umständen mit sich, und das ist der Ausschluß der Fischauktionen vom direkten Einkauf und ihre Bestimmung zur Lohrhandlung. Kiel erbringt zur Zeit den Beweis, daß Räucherfische zu Friedenspreisen verkauft werden können, wenn einer der maßgebenden Faktoren funktioniert. (Hoffentlich verspürt man auch hier bald etwas davon. Schriftl.)

— Keine Erlaubnisscheine für Reisen. Von der Königl. Eisenbahn-Direktion Frankfurt a. M. wird geschrieben: Die von verschiedener Seite verbreitete Nachricht, daß die Staatseisenbahnverwaltung beabsichtige, die Ausführung von Reisen von der Ausstellung besonderer Erlaubnisscheine abhängig zu machen, ist unzutreffend. Eine derartige Maßnahme ist bisher nicht in Erwägung gezogen worden und wird auch in Zukunft nicht in Betracht kommen, wenn das Publikum sich hinsichtlich der sogenannten Bergnützungskreisen eine gewisse Beschränkung auferlegt. Dies gilt insbesondere für das bevorstehende Weihnachts- und Neujahrsfest. Der in solcher Zeit erfahrungsgemäß außerordentlich starke Reiseverkehr stellt in Verbindung mit dem Militärurlauberverkehr an die Betriebsmittel und an das Personal der Eisenbahnverwaltung solche außerordentlichen Anforderungen, daß es in der gegenwärtigen Zeit geboten ist, diesen Verkehr möglichst einzuschränken, um nicht andere, wichtigere Verkehrszweige — wie diejenigen der Lebensmittelversorgung — in unliebsamer Weise zu beeinträchtigen. Von dem Verständnis der Bevölkerung für diese Verhältnisse und von ihrem vaterländischen Sinne darf erwartet werden, daß sie in Würdigung der Zeitverhältnisse auf nicht unbedingt notwendige Reisen zur Zeit der Festtage verzichtet. Hierdurch wird nicht nur dem Vaterlande genützt, sondern es wird auch dem einzelnen Reisenden manche Unannehmlichkeit erspart werden, die ein überaus starker Festtagsverkehr bei dem jetzt bestehenden eingeschränkten Eisenbahnfahrplan notgedrungen mit sich bringt.

o. Niedersfeld, 14. Dez. Der Pionier-Unterschwärmer Alex Gerdt von hier wurde auf dem westlichen Kriegsschauplatz mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. — Der Bielefelder Oberst Adolf Ringel von hier, Ref.-Inf.-Regt. Nr. 203 (Inhaber des Eisernen Kreuzes) wurde zum Offizier-Stellvertreter ernannt.

Frohnhäusen, 15. Dez. Gekreiter Wdh. Fischer von hier erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Er ist der dritte Sohn der Familie, der diese Auszeichnung erhielt.

Öffentlicher Wetterdienst.

Wettervorhersage für Samstag, den 16. Dez.: Wechselnd bedeckt, doch vorwiegend trocken, kalt, vielerorts Nachfrost.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Dez. Die „Kreuzzeitung“ sagt über Joffre: Wenn ihm auch die Genialität der großen Meister der Kriegskunst fehlte, so war er doch ein tüchtiger Heerführer. Daß ihm größere Erfolge nicht beschieden waren, liegt vor allem in der Ueberlegenheit der deutschen Führung und in der Tapferkeit der deutschen Soldaten. Wenn Joffre jetzt seinen Posten verloren hat, so ist das auf das Ausbleiben der erwarteten großen Erfolge zurückzuführen.

Berlin, 15. Dez. Im „Vorwärts“ heißt es zu Joffre's Kammerrede: Kein Mensch in Deutschland bestreitet, daß sich die Franzosen glänzend geschlagen haben. Die militärische Lage ist trotzdem nicht so, daß sie die Aufstellung eines Eroberungszieles rechtfertigt, und sie wird es nach menschlichem Ermessen nie werden, denn Deutschland steht aufrecht. Die Deutschen haben sich gegen die ungeheure Uebermacht ruhig behauptet und werden nie in die Lage kommen, sich Friedensbedingungen von einem übermächtigen Gegner diktieren lassen zu müssen. Wollte man doch dies in Frankreich anerkennen, so wäre schon unendlich viel erreicht.

Berlin, 15. Dez. (Nichtamtlich.) Daß in Paris mehrere Personen wegen Verteilung von friedensfreundlichen Broschüren verhaftet wurden, wird von verschiedenen Blättern gemeldet.

London, 15. Dez. (Neuermeldung.) Bei Besprechung der Friedensvorschläge sagte Bonar Law im Unterhaus: Bei Begründung der letzten Kredit-Vorlage gebrauchte Asquith folgende Worte: Sie — die Alliierten — verlangen, daß angemessene Genugtuung für die Vergangenheit und angemessene Sicherheit für die Zukunft vorhanden sein muß. (Anhaltender Beifall.) Das ist im-

